

Zu Afghanistan:

"Ja, durch meine Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz trage ich Mitverantwortung für die Soldatinnen und Soldaten und den Einsatz. Das hat die Abstimmungen über Auslandseinsätze für mich auch immer zu den schwierigsten Abstimmungen als Abgeordneter gemacht. Das ist nichts, was man abstimmt und dann innerlich abhakt. Ich bin 2001 zu der Überzeugung gelangt, dass es richtig ist, dass sich Deutschland am Afghanistan - Einsatz beteiligt. Afghanistan war damals Rückzugsort des Terrornetzwerks Al Quaida. Und wir alle erinnern uns an die Zustände der widerwärtigen Schreckensherrschaft der Taliban: Frauen waren aus der Öffentlichkeit komplett verschwunden. Es gab keine Bildung für Mädchen. Steinigungen und Auspeitschungen von vermeintlichen Ehebrecherinnen waren an der Tagesordnung. Hinrichtungen wurden öffentlich im Fußballstadion zelebriert.

Mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, den Grünen und der FDP (mit jeweils sehr wenigen Abweichlern) hat dann im Dezember 2001 ja auch eine breite Mehrheit im Bundestag dem Einsatz zugestimmt. Diese Mehrheit ist über viele Jahre bestehen geblieben.

Waren jetzt der ganze Einsatz und all die Opfer umsonst? Viele empfinden es so, denn die aktuelle Situation in Afghanistan ist furchtbar. Und dennoch: Unter dem Schutz der internationalen Truppen konnte während der vergangenen 20 Jahre eine ganze Generation von Afghaninnen und Afghanen - zumindest vielerorts - in relativer Freiheit aufwachsen; liberale und demokratische Strukturen waren erkennbar. Frauen und Mädchen konnten ihre Teilhabe an Bildung und Gesellschaft zurückerobern. Im Ansatz hat eine Zivilgesellschaft wachsen können. Das hinterlässt Spuren in Afghanistan und in vielen Menschen. Es hat mich immer gewundert, dass so viele Kritiker des Einsatzes, die sich sonst für Menschenrechte und Solidarität stark machen, diese Aspekte einfach ausblenden oder in einem Nebensatz abtun. Das Afghanistan, das die Taliban jetzt an sich gerissen haben ist nicht mehr das Land, in dem sie 1996 bis 2001 schon einmal regierten. Wie würde das Land heute aussehen, wenn die Taliban seit 1996 ununterbrochen regiert hätten?

Umso bitterer ist es, die Errungenschaften der letzten 20 Jahre durch die brutalen Extremisten wieder in Gefahr zu sehen.

Der Abzug der internationalen Truppen, auch der Bundeswehr, aus Afghanistan wurde seit Jahren von einer Mehrheit der Deutschen befürwortet. Unser Außenminister Heiko Maas hat schon früh vor einem übereilten Abzug der USA gewarnt. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion habe ich mich auch seit 2010/2011 immer wieder dafür ausgesprochen, dass der Abzug der NATO-Truppen eine klare Perspektive braucht. Wir waren uns immer bewusst, dass der Abzug schwierig sein würde; das stand außer Frage. Daher gab es ja auch die intensiven Bemühungen, die afghanische Armee entsprechend auszubilden und aufzubauen. Womöglich wurde auch das richtige Momentum für einen früheren Abzug verpasst, als die Taliban deutlich schwächer waren. Es gelang jedoch nicht, eine gemeinsame Abzugsperspektive mit den Verbündeten, vornehmlich den USA, zu entwickeln; weder unter George W. Bush noch unter Obama.

Es wird sehr viel aufzuarbeiten sein. Dem müssen wir uns stellen. Jetzt gilt es in erster Linie, Menschen in Sicherheit zu bringen. Das muss schnell gehen und der Personenkreis der afghanischen Helferinnen und Helfer, die ausgeflogen werden, wird ja glücklicherweise auch erweitert. Es sollen auch Menschen- und Frauenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalisten und Kulturschaffende dazu gehören. Wir dürfen diejenigen nicht im Stich lassen, die uns vor Ort geholfen haben oder die unter dem Schutz der internationalen Truppen ihre

Stimme für ein freies und modernes Afghanistan erhoben haben.

Was die Zukunft Afghanistans angeht, dürfen wir uns nicht abwenden. Wir müssen uns schnell und entschlossen mit unseren internationalen Verbündeten abstimmen, was wir jetzt tun können. Als der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck 2007 sagte, es sei sinnvoll, aus einer Position der Stärke hinaus auch mit Taliban zu sprechen, erhielt er scharfen Gegenwind - viele seiner Kritiker werden sich daran erinnern, wenn sie nun sehen, dass Gespräche mit den Taliban wohl unvermeidlich sein werden.

Dietmar Nietan am 24. August 2021